



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 26. Januar 2021
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

A 341 Anfrage Bärtsch Korintha und Mit. über die Stromproduktion und den Strommix der kantonalen Liegenschaften / Finanzdepartement

Korintha Bärtsch ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Korintha Bärtsch: Besten Dank für die Antworten des Regierungsrates. Sie waren durchaus interessant, aber man spürte nicht sehr viel Effort für den erneuerbaren Strom. Man kann lesen, dass der Kanton im Jahr 2021 auf seinen Dächern 8 Prozent des eigenen Stromverbrauchs produziert. Das Potenzial liegt bei 11 Prozent. Einen Investitionsplan hat der Kanton Luzern nicht. Er wird die restlichen Dächer angehen und Photovoltaikanlagen (PhVA) installieren, wenn Sanierungen oder Neubauten anstehen. Das ist eine doch sehr kommode Haltung: machen, wenn es gerade passt, aber ohne grossen Effort oder Innovationslust. Ein Vorbild in Sachen Klimaschutz und Voranschreiten bei erneuerbaren Energien nennen die Grünen und Jungen Grünen dies nicht. Ein bisschen besser sieht es im Klimabericht aus, der aktuell in der Vernehmlassung ist. Unter den Massnahmen zum Vorbild Kanton Luzern ist zu finden: «Konkreter Zubauplan für PhV-Anlagen, Stromproduktion bei, auf und an Gebäuden und Infrastrukturen des Kantons zur Ausschöpfung des Potenzials und Sicherstellung einer möglichst grossen Stromproduktion als integraler Bestandteil der Konzeption bei zukünftigen Bauprojekten.» Am wichtigsten ist dabei die Aussage, dass nicht nur die Dächer, sondern ganze Gebäude und Infrastrukturen des Kantons mit PhVA bestückt werden sollen. Vielleicht hatte jemand von Ihnen auch noch Zeit, die Energieperspektiven 2050+ des Bundes zu studieren. Ab 2050 sollen ganze 40 Prozent des Schweizerischen Stromverbrauchs mit PhVA produziert werden. Natürlich kann man nicht einfach 2049 den Schalter umkippen, und der erneuerbare Strom ist da. Der Weg zum Ziel ist klar aufgezeigt, und wir müssen einen grossen Zacken zulegen. Die heutige jährliche Zuwachsrate von neuen Anlagen muss sich nämlich verfünffachen, und das subito. Es ist klar, dass in Zukunft PhVA nicht nur auf die Dächer kommen müssen, sondern auch an den Fassaden und auf Nebengebäude, ja sogar auf Velounterstände. Es sieht so aus, dass das fachliche Gewissen des Kantons, das den Klimabericht verantwortet, sich im Klaren ist, welche Herausforderungen anstehen. Aber die Dienststelle Immobilien ist offenbar bei Weitem noch nicht so weit. Da sollten sich die beiden Dienststellen Umwelt und Energie sowie Immobilien an einen Tisch setzen, sich austauschen und vielleicht doch einen Investitionsplan entwerfen. Die G/JG-Fraktion fordert den Regierungsrat auf, das neue Verwaltungsgebäude und den Campus Horw mit einer möglichst hohen Anzahl PhVA zu bestücken, auch an der Fassade. Nur so ist der Kanton wirklich Vorbild für einen zukunftssträchtigen Klimaschutz. Aber auch beim Strombezug und nicht nur bei der Produktion ist noch viel Luft nach oben. Wasserkraft ist schon einmal ein erster Schritt, aber mit dem Bezug von Strom aus den neuen erneuerbaren Energien Sonne und Wind würde der Kanton die Produktion auch bei

anderen Stromproduzenten anstossen, eine sogenannte «passive Förderung». Leider beantwortet der Regierungsrat meine letzte Frage nicht, wie man die Mehrkosten, welche dies generieren würde, mit Effizienzmassnahmen verringern könnte. Genau dies wäre wichtig, denn jede Kilowattstunde Strom, die nicht produziert werden muss, ist Gold wert. Für unsere zukünftige Stromversorgung sind Massnahmen in Sachen Effizienz extrem wichtig. Wir hoffen, dass der Kanton hier auch noch einen Zacken zulegen wird.

Urs Marti: Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung: interessante Fragen, gute Antworten. Im Bericht Klima und Energie 2021, der sich in der Vernehmlassung befindet, ist der Weg aufgezeigt, welcher für den Kanton Luzern angedacht ist. Hier einige Auszüge und Interpretationen: Der Energiebedarf wird sich infolge der Klimaveränderung wandeln. Der Heizbedarf im Winter sinkt. Der Energiebedarf allgemein wird durch zunehmende Elektrifizierung aber steigen. Der Kühlbedarf im Sommer wird ebenfalls höher. Mit Photovoltaik kann der höhere Bedarf im Sommer wohl kompensiert werden. Im Winter kann weniger Ertrag generiert werden. Hier wird die Photovoltaik das Problem nicht lösen. Die landläufige Erneuerungsrate der Gebäudehülle von 1 Prozent pro Jahr wurde 2014 im Detail nachgewiesen. Das heisst der Gebäudepark braucht zurzeit 100 Jahre, bis er einmal vollständig erneuert ist. Die Erneuerung soll deshalb beschleunigt und das Energieproduktionspotenzial optimal genutzt werden. Sanierungen bestehender Gebäude sind zusätzlich ebenfalls nötig. Der Kanton Luzern verfolgt als Vorbild die energetische Erneuerung und die fossilfreie Versorgung des eigenen Gebäudeparks konsequent und nutzt dabei das Stromproduktionspotenzial. Nun zu den Antworten: Die CVP unterstützt die Haltung der Regierung, heute vor allem den Aufbau von Photovoltaik zu prüfen, wenn eine Sanierung oder ein Neubau realisiert werden. Für die Photovoltaik ist die Eignung nicht bei jedem Gebäude gegeben. Bei Fassaden ist dieser Anteil noch kleiner als bei Dächern. Allerdings hilft hier die Entwicklung der Fozellen. Diese werden immer leistungsfähiger. Ein Einsatz ist deshalb in Zukunft auch zu prüfen. Auch bei der Speicherung der Energie werden derzeit laufend grosse Verbesserungen gemacht. Wenn eine Speicherung der Energie nur schon für den nächsten Gebrauch vernünftig zu realisieren ist, wird Photovoltaik noch besser genutzt werden können. In unseren Augen gibt es aber noch grössere Aufgaben zu lösen, nämlich die Herstellung der Fozellen und Batterien. Sie birgt Probleme. Zum Beispiel benötigt sie grosse Mengen an seltenen Erden oder zum Teil auch Konfliktmineralien. Auch die Entsorgung respektive die Wiederverwertung müssen dringend gelöst werden. Die CVP kann die Antworten der Regierung nachvollziehen, und die Fragen sind für uns schlüssig beantwortet. Wir sehen diesbezüglich keinen weiteren Handlungsbedarf.

András Özvegyi: Die GLP dankt für die Fragestellung und die Antworten. Das Thema ist ein erster Vorgeschmack auf die Massnahmen des Klimaberichtes und ein kleiner Teil davon, was der Kanton Luzern selber zur Steigerung der Produktion erneuerbarer Energien beitragen kann. Wie bei der ökologischen Motorfahrzeugsteuer sind wir der Meinung, dass der Kanton bei den eigenen Immobilien nicht auf Beschlüsse aus der Klimadiskussion warten darf. Es ist schon heute umzusetzen, was ansteht und möglich ist. Interessant ist die Antwort zur letzten Frage. Hier taucht nämlich der Preis für Strom mit Gütesiegel bei kantonalen Immobilien auf: 110 000 Franken Mehrkosten. Das ist ein erster Hinweis auf die Mehrkosten der Klimawandeldiskussion. Wir freuen uns auf diese Diskussion. Schwach finden wir die Antwort zu Frage 5 zu den PhVA an Fassaden. Es wird gesagt, dass dies bei Neubauten prüfenswert sei, schwieriger sei es bei Bestandesbauten. Massgebend seien hier die architektonischen Möglichkeiten, baurechtliche Fragen und die Wirtschaftlichkeit. Ich kann dazu nur sagen, dass es möglich und lukrativ ist, Fassaden zu sanieren, denn es ersetzt eine konventionelle neue Fassade, wenn diese nötig ist. Die Wirtschaftlichkeit hat mir BE Netz schon vor etwa fünf Jahren vorgerechnet. Wer ein Beispiel dazu sehen möchte, kann mich an meinem Arbeitsplatz an der Nidfeldstrasse 5 in Kriens besuchen. Die schwarzen Fassadenelemente, die man schon von Weitem sieht, sind PhV-Module. Die Haltung der GLP ist auf der Homepage der GLP Schweiz nachzulesen. Jedes Gebäude soll ein Kraftwerk sein. Technologien sind seit Jahren vorhanden, aber die Energieversorger und die Politik sind im Tiefschlaf. Gerade die Digitalisierung ermöglicht neue Dimensionen im

Umgang mit Energie, insbesondere bei der Energieeffizienz und bei der dezentralen Energieproduktion. Praktisch jedes Gebäude oder Quartier eignet sich und soll mit möglichst viel selbst erzeugter Energie versorgt werden. Vergessen wir nicht, dass der Kanton eine Vorbildfunktion hat und mehr machen sollte als der Durchschnitt und vor allem auch früher als andere, damit weitere Investoren folgen können. Darum wird die GLP auch fordern, dass das Verwaltungsgebäude am Seetalplatz und der Campus Horw als Kraftwerke realisiert werden.

Meta Lehmann: Gemäss den Ausführungen des Regierungsrates wird bei Neubauprojekten die Installation von PhVA in jedem Fall geprüft, und die Realisierung von PhVA an Fassaden sei prüfenswert. Da frage ich mich aber schon, weshalb das Neubauprojekt des Kantons, das Verwaltungsgebäude am Seetalplatz, zwar eine PhVA auf dem Dach erhalten soll, aber keine an der ideal ausgerichteten Südfassade. Es sind Brüstungselemente in quarzgrauen Glaspaneelen vorgesehen. Es würde PhV-Module in genau diesem Farbton geben. Sie würden im Winter bei tief stehender Sonne sogar noch Strom produzieren. Das ist eine verpasste Chance. Ich hoffe, dass man zumindest die Dachanlage voll ausbaut und nicht nur auf den Bedarf optimiert. Das Beispiel zeigt deutlich, wie notwendig die bereits erwähnte Massnahme im Energie- und Klimabericht ist. Sie heisst: «Konkreter Zubauplan für PhV-Anlagen an Gebäuden des Kantons», und zwar zur Ausschöpfung des Potenzials und nicht zur Eigenverbrauchsoptimierung. Wenn ein Dach oder eine Fassade geeignet ist, sollen sie vollständig für Solarstrom genutzt werden. Der Kanton soll dann Wege finden, den überschüssigen Strom den Nachbargebäuden zu geben oder allenfalls ins öffentliche Netz einzuspeisen. Neubauten sollen in Zukunft Solarstromkraftwerke werden, denn der Kanton muss einen Beitrag leisten, damit wir bis 2030 30 Prozent erneuerbare Energieversorgung im Kanton haben. Der Kanton bezieht Graustrom, das heisst Kohlestrom aus Europa mit sehr hohen CO₂-Emissionen, und mit Herkunftsnachweisen aus Schweizer Wasserstrom wird er weissgewaschen. Wasserstrom ist erneuerbar und für die Umwelt besser als Atom- und Kohlestrom. Dass der Kanton aber nicht bereit ist, einen Aufpreis von einem halben Rappen pro Kilowattstunde für ein ökologischeres Produkt zu zahlen, das auch einen Anteil Ökostrom enthält, spricht Bände: das Preisargument dominiert. Umso seltsamer finde auch ich, dass die Ausführungen keine Antwort darauf enthalten, welchen Beitrag Stromsparmassnahmen leisten können. Der sauberste und günstigste Strom ist immer noch derjenige, den man nicht braucht. Das Preisargument mutet auch deshalb seltsam an, weil der gleiche Kanton von seinen Gemeinden verlangt, dass sie sich an Vorgaben des Labels Energiestadt orientieren. Der Gebäudestandard von Energiestadt empfiehlt bereits seit 2011, dass die Gebäude der öffentlichen Hand vollständig mit erneuerbarem Strom versorgt werden, davon 50 Prozent Ökostrom. Es wäre nur angemessen, dass sich auch der Kanton im Sinn eines guten Vorbilds an dieser Vorgabe orientiert. Leider vermissen wir im Planungsbericht Klima und Energie eine Massnahme, die festhält, dass der Kanton in Zukunft einen grossen Anteil Ökostrom bezieht. Die SP wird dies deshalb im Kapitel «Vorbild Kanton Luzern» für den definitiven Planungsbericht fordern.

Stephan Betschen: Wir danken für die Beantwortung der Anfrage. Die Fragen sind klar nachvollziehbar, sei es bezüglich des Inventars der Solarkataster, des nicht vorhandenen Investitionsplanes oder des Anteils an selbst produziertem Strom. Zwei Bemerkungen zu den Antworten: Bei der Frage 7 bezüglich der Mehrkosten wird es interessant. Die Mehrkosten sind zwar identifiziert, aber es ist nicht dargelegt, wie man diese mit einer erhöhten Stromeffizienz kompensieren könnte. Das ist schade. Zudem hätten wir in der ganzen Antwort einen proaktiveren Wortlaut erwartet. Wenn wir gewisse Klimaziele erreichen wollen, braucht es hier ein proaktiveres Vorgehen, und wir hoffen, dass im Klimabericht diesbezüglich bessere Antworten und Lösungsvorschläge aufgezeigt werden.

Hasan Candan: Auch ich danke der Regierung für die Antworten. Ich habe sie genau gelesen, vor allem auch die Antwort zu Frage 3. Ich habe mich auf die Suche nach einer Liste gemacht, sie aber nicht gefunden. Das ist spannend. Korintha Bärtsch fragt zu Recht, wie es mit den Investitionen ist und ob es einen Plan gibt, wie wir fortfahren können. Wir

haben gehört, wie wichtig dies ist, denn bis 2030 wollen wir 30 Prozent erneuerbare Energie. Deshalb war ich erstaunt, dass die Regierung offenbar keinen Plan hat. Vor zwei Jahren hat unser Rat einen Vorstoss von David Roth überwiesen, damit die Regierung prüft, auf welchen Dächern PhVA möglich sind, und uns eine Liste unterbreitet. Mit Erstaunen stelle ich fest, dass zwei Jahre lang wieder nichts passiert ist. Der Klimabericht kommt, aber wir haben auch ein Energiegesetz. Ich möchte von der Regierung wissen, wo diese Liste ist. Wir müssen vorwärts machen, und ich bin froh über die Anfrage, die das Vorgehen vorantreibt.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich glaube, die Sache wird hier schon etwas schlechtgeredet. Wir haben eine Potenzialanalyse bei den kantonalen Gebäuden durchgeführt, und jene Dächer, die sich primär für eine entsprechende PhVA eignen, wurden weitgehend mit solchen bestückt. Auch bei unseren Neubauprojekten wie dem zentralen Verwaltungsgebäude wurden entsprechende Vorgaben im Wettbewerb gemacht und auch eingehalten. Natürlich kann man immer noch mehr machen und uns kritisieren. Aber uns hier Untätigkeit vorzuwerfen, halte ich doch für etwas unangebracht. Wir haben eine Roadmap, und wir sind daran, zusammen mit dem entsprechenden Bericht, der in Ihrem Rat diskutiert werden wird, die nächsten Schritte einzuleiten. Der Vergleich mit der Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer wird gemacht, und entsprechend werden wir auch hier vorgehen: zuerst die Diskussion, und dann werden wir die entsprechenden Massnahmen einleiten.